

EUROPA KOMMT

Berichterstatter des
Europarates kommen ins Land

VADUZ – Die Europaratsparlamentarier Michael Hancock, Grossbritannien, und Erik Jürgens, Niederlande, werden vom 2. bis 4. Juli 2003 Liechtenstein besuchen, um aus erster Hand Informationen über die jüngste liechtensteinische Verfassungsänderung zu erhalten.

Dies ist das Ergebnis eines Einladungsschreibens der liechtensteinischen Regierung. Den Berichterstatter sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich vor der Entscheidung über ein allfälliges Monitoring-Verfahren ein ausgewogenes und umfassendes Bild über die tatsächliche Situation und die rechtliche Lage in Liechtenstein zu machen.

«Es ist der liechtensteinischen Regierung ein grosses Anliegen, bei der Vorbereitung des Berichts rechtzeitig jegliche Unterstützung anzubieten und den Berichterstatter Gelegenheit zu geben, anlässlich ihres Aufenthaltes in Liechtenstein Gespräche mit dem Landesfürsten, Vertretern des Landtages sowie mit allen Parteien und Verfassungsgruppierungen zu führen», erklärte Regierungschef Otmar Hasler heute.

Die jüngste Verfassungsänderung wurde am 16. März mit einer fast Zweidrittel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen. Die Stimmbeteiligung betrug knapp 90 Prozent.

GEMEINDE VADUZ

Positive Jahresrechnung

VADUZ – Der Gemeinderat hat die Jahresrechnung 2002 einstimmig genehmigt. Die Gesamteinnahmen betragen 69,6 Millionen Franken, im Vorjahr waren es noch 60 Millionen. Dafür wurde im Jahr 2002 auch mehr ausgegeben und zwar 58,6 Millionen Franken, während es im Vorjahr gerade mal rund 49,6 Millionen waren. So betragen die Mehreinnahmen im Jahr 2002 sowie im Vorjahr rund 11 Millionen Franken. Der Aufwand vor Abschreibung und Fondsbewegungen ist im Vergleich zum Vorjahr von 22,7 auf 23,18 Millionen Franken gestiegen, die Erträge stiegen im selben Zeitraum von 57,9 auf knapp 63 Millionen. Davon entfallen über acht Prozent auf höhere Steuereinnahmen, welche in allen Bereichen zulegen. Bei der Vermögens- und Erwerbsteuer kam der erhöhte Gemeindeforschlag von 170 Prozent zum Tragen, die Grundstücksgewinnsteuern erhöhten sich dank reger Handelstätigkeit – nicht zuletzt durch die Gemeinde selbst – um 2,8 Millionen Franken. In den restlichen Erträgen von 10,3 Millionen ist der Verkaufserlös in der Höhe von 3,1 Millionen an das Land enthalten.

Die Nettoinvestitionen beliefen sich auf knapp 24 Millionen, die gesamthaft aus dem Ertragsüberschuss finanziert werden konnten. Darüber hinaus wurden Mehreinnahmen von knapp 16 Millionen erzielt. Nach Berücksichtigung der Fondsbeiträge und nach den Anpassungen der Rückstellungen blieben Mehreinnahmen in der Höhe von 11 Millionen Franken.

Keine verbilligten Saisonkarten mehr

Der Gemeinderat Vaduz hat beschlossen, in der kommenden Wintersaison keine verbilligten Saisonkarten für das Skigebiet Malbun mehr abzugeben. «Es ist nun der Zeitpunkt gekommen, dass seitens der Bergbahnen und des Landes gehandelt werden muss», so die Begründung im Protokoll der Gemeinderatsitzung vom 27. Mai. Die Gemeinde habe inzwischen für die beiden Überbrückungsaktionen weit mehr als 600 000 Franken ausgegeben.

Alphotel Gaflei

Das Hotel Gaflei wird zur Neuverpachtung zu den bisherigen Konditionen öffentlich ausgeschrieben, dies hat der Gemeinderat beschlossen. Die Miete beträgt 5000 Franken monatlich, die Kautions 60 000 Franken. Das Alphotel Gaflei war bis zum 31. Januar von der Internationalen Akademie für Philosophie gemietet worden. Diese musste jedoch aus finanziellen Gründen ausziehen.

Gute Beziehungen

Regierungsrat Ernst Walch weilte zu einem Arbeitsbesuch in den USA

VADUZ – Regierungsrat Dr. Ernst Walch nahm während seines fünftägigen Arbeitsbesuches in den USA am Dienstag in New York verschiedene Termine zu multilateralen Themen im Rahmen der UNO wahr.

Bei seinem Gespräch mit der stellvertretenden UNO-Generalsekretärin Louise Fréchette wurden die Reformbestrebungen bei der Berichterstattung zu verschiedenen Abkommen im Bereich der Menschenrechte erörtert. Louise Fréchette verdankte insbesondere die Durchführung des Seminars für 50 Experten in Malbun unter dem Vorsitz des liechtensteinischen Vertreters bei den Vereinten Nationen, Botschafter Christian Wenaweser, der den Vorsitz des Dritten Hauptausschusses der UNO-Generalversammlung innehat.

Mit dem derzeitigen Vorsitzenden des UNO-Sicherheitsrates, Sergey Lavrov, sowie dem Präsidenten der UNO-Generalversammlung, Jan Kavan, wurde der Stand möglicher institutioneller Reformen des UNO-Sicherheitsrates und das weitere Engagement der UNO im Irak erörtert. Regierungsrat Dr. Ernst Walch nahm auch die Gelegenheit wahr, über das intensive liechtensteinische Engagement beim Kampf gegen den Terrorismus und gegen dessen Finanzierung zu berichten und die fortgesetzte Bereitschaft Liechtensteins zur Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen Gremien, insbesondere im Counter-Terrorism Committee (CTC), zu unterstreichen.

Anlässlich eines Besuchs des Zentrums für jüdische Geschichte sowie bei Vertretern der Anti-Defamation League informierte die liechtensteinische Delegation über den Fortgang der in Liechtenstein tätigen Historikerkommission zur Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg.

Am Mittwoch und Donnerstag folgten zahlreiche Gesprächstermine bei Senatoren und Kongressabgeordneten in Washington, die sich insbesondere auf die Zusammenarbeit in den Bereichen der Bekämpfung des Terrorismus und der Geldwäsche sowie der organisierten Kriminalität konzentrierten.

Der Austausch der Ratifikationsurkunde zum Rechtshilfevertrag zwischen Liechtenstein und den USA war der geeignete Anlass, im Gespräch mit Finanzminister John W. Snow das nunmehrige Inkrafttreten des Vertrages am 1. August 2003 und den Vertrag als eine äusserst wichtige Grundlage der bisherigen Zusammenarbeit zu würdigen.

Fragen der bilateralen Zusammenarbeit bei Finanzplatzthemen wurden auch in einer Reihe von Gesprächen mit Vertretern des



Kerstin Appel (Mitarbeiterin der Regierung), Botschafterin Claudia Fritsche, Aussenminister Ernst Walch, Botschafter Roland Marxer, Allen Larson (stellvertretender Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten) und Daphne Cook (Mitarbeiterin U.S. State Department) bei der Unterzeichnung des Protokolls zum Austausch der Ratifikationsurkunden zum Rechtshilfeabkommen zwischen Liechtenstein und den USA (v.l.).



Botschafterin Claudia Fritsche, Rechtsberater des Finanzministers David Aufhauser, Finanzminister John W. Snow, Regierungsrat Ernst Walch, Frau Kerstin Appel (Mitarbeiterin von Regierungsrat Ernst Walch) und Botschafter Roland Marxer.

Finanzministeriums und des Nationalen Sicherheitsrates diskutiert. Die amerikanische Seite erwähnte ausdrücklich positiv die von Liechtenstein getroffenen Massnahmen im Bereich der Gesetzgebung und deren Umsetzung und Anwendung und beide Seiten stimmten überein, dass die regelmässigen und direkten Kontakte der jeweils zuständigen Behörden sehr gut funktionieren.

Regierungsrat Dr. Ernst Walch traf auch mit Mitgliedern des US-Senats und US-Kongresses zusammen, um sie insbesondere über Liechtenstein und die von Liechtenstein unternommenen Anstrengungen im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus zu unterrichten.

Am Mittwochabend war Regierungsrat Dr. Ernst Walch Ehrengast eines von Botschafterin Claudia

Fritsche in der liechtensteinischen Residenz in Washington gegebenen Empfangs für Vertreter aus Politik, Diplomatie und Wirtschaft. Am Donnerstag referierte Regierungsrat Dr. Ernst Walch vor dem University Club über die Beziehungen

Liechtensteins zu den USA und deren Bedeutung für zwei Staaten von zwar sehr unterschiedlicher Gröszenordnung, die sich aber dennoch in vielfachen Bereichen von gleichen und ähnlichen Zielsetzungen leiten lassen.



Botschafterin Claudia Fritsche, Regierungsrat Dr. Ernst Walch und Finanzminister John W. Snow.



Finanzminister John W. Snow und Aussenminister Ernst Walch in angeregtem Gespräch.



Aussenminister Ernst Walch unterhält sich mit der stellvertretenden UNO-Generalsekretärin Louise Fréchette.